



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

P R E S S E M I T T E I L U N G

v o m 1 8 . 1 0 . 2 0 2 2

Die Krankenhäuser müssen schnell stabilisiert werden

Der Deutsche Landkreistag fordert die Bundesregierung auf, die Krankenhäuser dringend finanziell zu stabilisieren. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Die finanzielle Lage vieler Krankenhäuser ist beunruhigend und spitzt sich weiter zu. Auf Bundesebene müssen umgehend die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Kliniken über die derzeitigen Krisen hinweg in die nächsten Jahre zu führen.“ Insbesondere seien die Krankenhäuser massiv von Kostensteigerungen betroffen, die drastischen Energiepreise kämen noch hinzu.

Die Landkreise seien einer der wichtigsten Träger von Krankenhäusern gerade der Grund- und Regelversorgung, so der DLT-Präsident weiter. „Sie haben auch den Sicherstellungsauftrag für die stationäre medizinische Versorgung. Viele Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft befinden sich in extremer Schieflage. Sie können auch unter maximaler Ausschöpfung von Kostensenkungspotenzialen die Preissteigerungen nicht bezahlen.“ Insofern richtete Sager einen deutlichen Appell in den Bund, in dieser dramatischen Situation wirksam gegenzusteuern.

„Den Ankündigungen des Bundesgesundheitsministers sind bislang keine Taten gefolgt. Wenn der Bund aber nicht kurzfristig für einen Ausgleich der Inflations- und Energiekosten durch einen kostendeckenden Aufschlag auf die Fallpauschalen sorgt, könnten bald erste Krankenhäuser nicht mehr zahlungsfähig sein. Das kann niemand ernsthaft in Kauf nehmen.“

Für die wohnortnahe Versorgung wäre das überdies fatal: „Nach einer aktuellen Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft erachten 85 % der Menschen eine Fahrzeit von maximal 30 Minuten zum nächstgelegenen Krankenhaus als noch akzeptabel. Dafür ist gerade das flächendeckende Netz der Krankenhäuser in ländlichen Räumen entscheidend. Eine Konzentration von Häusern in Ballungsräumen oder in Großstädten ist vor diesem Hintergrund strikt abzulehnen“, so Sager.

Zuletzt hatte auch der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in der Energiepreiskrise kurzfristig etwa durch unterjährige Zuschlagszahlungen aus Steuermitteln zu unterstützen.